Bitkom e.V. |

Mehrheit gegen Recht auf Homeoffice

- **56 Prozent der Bundesbürger sehen geplanten Rechtsanspruch auf Homeoffice kritisch**
- **Kritiker fürchten Zwei-Klassen-Gesellschaft, weniger Austausch und faule Kollegen**

26. Oktober 2020 - Die Pläne des Bundesarbeitsministeriums für ein Recht auf Homeoffice stoßen in der deutschen Bevölkerung überwiegend auf Ablehnung. Eine Mehrheit von 56 Prozent würde einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Homeoffice, wie er aktuell diskutiert wird, nicht begrüßen. Dem stehen 40 Prozent gegenüber, die den Vorschlag willkommen heißen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von mehr als 1.000 Personen in Deutschland ab 16 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. Das Bundesarbeitsministerium plant, ein Recht auf Homeoffice einzuführen, wonach alle Erwerbstätigen, deren Tätigkeit von Zuhause aus ausgeübt werden kann, einen Anspruch darauf haben, ihren Arbeitsort an einer bestimmten Anzahl von Tagen im Jahr frei zu wählen. An dieser Frage scheiden sich die Generationen: Während die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen das Vorhaben mit 51 Prozent mehrheitlich begrüßt, überwiegt in den Altersgruppen ab 30 Jahren die Ablehnung mit 58 Prozent.

„In der Krise haben Homeoffice und mobiles Arbeiten vielen Unternehmen und Beschäftigten sehr dabei geholfen, das Geschäft am Laufen zu halten und die zusätzlichen Herausforderungen sowohl im Berufs- wie im Privatleben besser miteinander zu vereinbaren. Trotz der weit überwiegend positiven Erfahrungen sieht eine Mehrheit der Bürger die Pläne für einen gesetzlichen Anspruch auf Homeoffice kritisch“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. Viele befürchten eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Arbeitnehmern: Für jeden zweiten Befragten (48 Prozent) spricht gegen ein Recht auf Homeoffice die Ungerechtigkeit gegenüber Kollegen, deren Tätigkeit nicht für Homeoffice geeignet ist. Unter den Gegnern des Rechts auf Homeoffice sagen dies sogar 63 Prozent. Vier von zehn (40 Prozent) befürchten weniger Austausch mit Kollegen, unter den Gegnern sind es 53 Prozent. Jeder Dritte (32 Prozent) meint, Kollegen im Homeoffice würden weniger arbeiten, bei den Gegnern des Rechtsanspruchs sagen das 45 Prozent. Und jeder Fünfte (20 Prozent) sieht einen unzulässigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit, bei den Gegnern ist es jeder Dritte (32 Prozent). Jeder Sechste (17 Prozent) sorgt sich um die Datensicherheit, unter den Gegnern jeder Fünfte (20 Prozent).

„Homeoffice sollte nicht staatlich verordnet werden, sondern die Entscheidung darüber, wie gearbeitet wird, muss beim Arbeitgeber liegen. Moderne flexible Arbeitsformen sind kein Selbstzweck und müssen im Einklang mit der Unternehmenskultur stehen und zu den innerbetrieblichen Prozessen passen“, sagt Berg. Der Bitkom empfiehlt, dass der Staat Anreize für zeit- und ortsflexibles Arbeiten setzt, ohne diesen Bereich übermäßig zu regulieren. „Wer regelmäßig zu Hause arbeitet und dabei hilft, Staus zu vermeiden und die Umwelt zu schonen, sollte dafür belohnt werden und steuerlich mit Berufspendlern gleichgestellt werden. Arbeitnehmer, die jetzt in der Krise aus beruflichen Gründen in ihre Heim-IT investieren, sollten zudem einen einmaligen Steuerbonus erhalten.“ Langfristig sollten Ausgaben für die ITK-Ausstattung eines häuslichen Arbeitsplatzes – unabhängig davon, ob ein Arbeitszimmer vorhanden ist oder nicht – pauschal als Werbungskosten geltend gemacht werden können.

Hinweis zur Methodik: Grundlage der Angaben ist eine Befragung, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 1.005 Personen ab 16 Jahren in Deutschland telefonisch befragt. Die Umfrage ist repräsentativ.

Kontakt

Andreas Streim

Pressesprecher
Telefon: +49 30 27576-112
E-Mail: a.streim@bitkom.org
Download Pressefoto

Adél Holdampf-Wendel
Bereichsleiterin Future of Work und Arbeitsrecht
Download Pressefoto
Nachricht senden

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Mehrheit-gegen-Recht-auf-Homeoffice***